

Thaksin noch beliebt

Laut *Abac*-Umfragen der *Assumption* Universität ist der ehemalige Premierminister Thaksin nach wie vor beliebt unter der Bevölkerung, besonders im Norden und Nordosten des Landes. Bei der *Abac*-Umfrage wurden über 4.000 Bürger in 27 Provinzen befragt, wen sie als Premierminister bevorzugten. 25 Prozent der Befragten sprachen sich für die Führung der Regierung durch den abgesetzten Thaksin aus, 21,6 Prozent stimmten für Abhisit. Auffällig war die große Zahl derjenigen, die sich neutral aussprachen und weder für Thaksin noch für Abhisit stimmten, ihr Anteil lag bei 53,4 Prozent. 92,1 Prozent der Teilnehmer sagten zudem aus, dass sie keine weiteren gewalttätigen politischen Aktivitäten wollten, 90,8 Prozent sprachen sich gegen weitere Proteste und Straßensperrungen aus. Unstimmigkeit herrschte unter den Befragten bezüglich der Auswirkung der kürzlich unternommenen Reise von Oppositionsführer General Chavalit Yongchaiyuth nach Kambodscha. Die Beziehungen der beiden Länder sind derzeit durch den neuentfachten Grenzstreit um eine hinduistische Tempelanlage angespannt. So bewerteten 42,9 Prozent die Reise als förderlich, 40,2 Prozent fürchteten jedoch eine Eskalation der Situation nach dem Besuch Chavalits. Zuvor war eine Umfrage der *Rajabhat Suan Dusit* Universität in Bangkok und der näheren Umgebung durchgeführt worden, die ergab, dass eine generelle Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der thailändischen Politik herrscht. Besonders nach den neuesten Streitigkeiten zwischen der Regierung und der Oppositionspartei mehrt sich Unmut gegenüber der politischen Lage. 62, 54 Prozent der 1.161 Befragten äußerten, dass sie gelangweilt von der derzeitigen Politik und den ständigen Streitigkeiten zwischen Regierung und Opposition seien.

vgl. *BP* 25.10.2009/ 24.10.2009

»Gelbhemden«-Proteste wegen Grenzkonflikten

Proteste der »Gelbhemden« der *People's Alliance for Democracy* (PAD) fanden an einem nahegelegenen Strand am Rande des ASEAN-Treffens Mitte Oktober 2009 statt. Ein Grund für die Proteste waren zum einen die Stationierung kambodschanischer Truppen in der Nähe des Hindu Tempels Preah Vihear in der Grenzregion zwischen Thailand und Kambodscha. Seit Jahren gibt es Streitigkeiten zwischen den Regierungen der beiden Länder um die Grenzziehung und das Gelände der Tempelanlage. Erneut entfacht wurde der Disput, als der Tempel im vergangenen Jahr zum UNESCO Weltkulturerbe erklärt wurde. Die »Gelbhemden« kündigten zudem an, weitere Proteste vor der kambodschanischen Botschaft im kommenden Monat abzuhalten, falls ein Abzug der Truppen nicht stattfände. Zum anderen richteten

sich die Proteste der PAD gegen das Verhalten von Premierminister Hun Sen, der ankündigte, den ehemaligen Premierminister Thaksin zu seinem wirtschaftlichen Berater zu machen. Zuvor hatte die thailändische Regierung die Auslieferung Thaksins gefordert, der in seiner Heimat bereits zu einer Gefängnisstrafe auf Grund von Amtsmissbrauch und Korruption verurteilt wurde und nun seine Haftstrafe antreten soll. Trotz bestehender Auslieferungsverträge zwischen Thailand und Kambodscha muss Thaksin nicht ausgewiesen werden, solange sich der Fall als politischer Flüchtlingsfall rechtfertigen lässt. Zudem sicherte Hun Sen, nach eigenen Angaben ein »jahrelanger, guter Freund« Thaksins, dem ehemaligen Premierminister Thailands ein sicheres Exil in Phnom Penh zu.

vgl. *The Nation* online, 23.10.2009

Malaysischer Premier fordert mehr Autonomie

Der malaysische Premierminister Najib Razak, der im Dezember 2009 eine Reise in die südlichen Provinzen Thailands unternommen wird, um die Situation der muslimischen Bevölkerung in Augenschein zu nehmen, sprach sich Ende Oktober für mehr Autonomie in den südlichen Provinzen des Landes aus. Hierzu gehöre mehr Selbstbestimmung bei der Wahl politischer und religiöser Persönlichkeiten und in Sachen Bildung, um es den ansässigen Muslimen zu ermöglichen, ihrer religiösen Lebensweise angemessen nachzukommen. Auch könne mehr Autonomie zu einer Entschärfung der Lage in Südthailand beitragen. Dennoch sprach sich Najib gegen eine Loslösung der Provinzen von

Thailand aus und erklärte zudem, dass sein Land in keiner Weise Muslime unterstütze, die gegen thailändisches Recht verstoßen. Man wolle sich wie ein guter Nachbar verhalten und im Zweifelsfall auffällige Personen an Thailand ausliefern, außerdem sollen sich 20.000 bis 25.000 Bürger, die eine doppelte Staatsbürgerschaft haben, entweder für Malaysia oder Thailand als permanenten Wohnsitz entscheiden. So solle die Situation vermieden werden, in der sich die malaysische Regierung für potentielle Separatisten offiziell einsetzen müsse. Erste Prämisse soll das kooperative Verhältnis mit der thailändischen Regierung bleiben, so Najib.

vgl. *The Nation* 26.10.2009

Prinzessin erhält Windaus-Medaille

Mitte Oktober 2009 wurde der jüngsten Tochter des thailändischen Königspaars, Chulabhorn Mahidol, die *Windaus-Medaille* der Chemiefakultät der Universität Göttingen verliehen. Den Preis erhielt sie auf Grund ihres außerordentlichen Engagements in der Naturstoffchemie, wobei sie sich besonders mit der Gewinnung von Medikamenten aus Naturstoffen zur Bekämpfung von Malaria, Krebszellen und HIV beschäftigt. Die 52-jährige Professorin ist die einzige weibliche Forscherin, der die *Windaus-Medaille* übergeben wurde. Sie war zuvor bereits einige Male auf Wissenschafts- und

Forschungsreisen zu Besuch in Deutschland. Zudem ist sie Präsidentin des von ihr 1987 gegründeten *Chulabhorn Research Institute* in Bangkok, welches sich ebenfalls mit der Gewinnung von Medikamenten aus Naturstoffen befasst.

Parallel zu den Feierlichkeiten an der Göttinger Universität rief die Göttinger Gesellschaft für bedrohte Völker zu einer Mahnwache auf, um auf die über 5.000 laotischen Flüchtlinge der Hmong in Thailand aufmerksam zu machen und somit eine Umsiedlung in Drittländer zu bewirken.

vgl. Göttinger Tageblatt, 15.10.2009

ASEAN will stärkere Wirtschaftskooperation

Die Vertreter der ASEAN-Mitgliedsstaaten hoben auf ihrem Treffen im thailändischen Hua Hin Ende Oktober 2009 hervor, dass die wirtschaftliche und politische Kooperation zwischen den Mitgliedsländern, sowie China, Japan, Südkorea, Indien, Neuseeland und Australien bis 2015 durch erweiterte Rahmenabkommen verstärkt werden soll. Neben den wirtschaftlichen Folgen der Rezession wurde besonders eine zukünftig engere, politische »Einheit« des Blocks thematisiert, u. a. wurde die Gründung einer gemeinsamen Katastrophenschutz- und Klimawandelstrategie angeregt. Jedoch wurde das Treffen auch von rivalisierenden Plänen zur engeren wirtschaftlichen und politischen Kooperation in der Region geprägt. So sprach Australiens Premierminister Kevin Rudd von der Vorstellung einer asiatisch-pazifischen Gemeinschaft bis 2020, wohin gegen Japans Außenminister Yukio Hatoyama Pläne für eine politische und wirtschaftliche Vormachtsstellung einer ostasiatischen Staatengemeinschaft skizzierte, die zukünftig auch global eine Vorreiterrolle einnehmen soll. Die ASEAN-Mitgliedsstaaten wollen konkrete Pläne zur Festigung einer Wirtschaftsgemeinschaft bis 2015 durchsetzen. Ein Freihandelsabkommen zwischen den Gründungsmitgliedern Brunei, Indonesien, Malaysia, den Philippinen, Singapur und Thailand soll bereits im Januar 2010 eingeführt werden. Unstimmigkeiten herrschten im Bereich der Menschenrechte, hier besonders bezüglich der Rolle Burmas und der Frage, wie mit dem Fall der immer noch unter Arrest stehenden Aung San Suu Kyi umgegangen werden soll. Weitere Reibungspunkte, die die angestrebte Entwicklung einer regionalen Einheit und verstärkten Einigkeit einschränkten, waren die Lösung der Grenzkonflikte zwischen Thailand und Kambodscha, sowie Indien und China.

vgl. BP 25.10.2009

Anschläge im Süden nehmen erneut zu

Ende Oktober 2009 ereignete sich erneut ein Bombenanschlag auf einem Markt in Yala, Südthailand. Es war bereits das fünfte Mal, dass der Markt Ziel von Bombenanschlägen wurde. Bei dem neuesten Anschlag wurde eine Bombe an einem parkenden Motorrad befestigt und explodierte trotz einer vorherigen Kontrolle durch das Militär. Dieses war zuvor von einem Beobachter gerufen worden, dem das unbewachte Fahrzeug aufgefallen war. Bei dem Anschlag wurden 25 Personen verletzt, darunter auch drei Militärs. Händler forderten nach dem Anschlag eine Videoüberwachung der Anlage und den Einsatz von Sicherheitskräften. Die Anzahl der gewalttätigen Zwischen-

fälle zwischen Polizei und militanten Gruppen, sowie die Anzahl der Bombenanschläge nahmen im Oktober erneut zu, da der Oktober als Gründungsmonat einiger der militanten Gruppen gilt. Mitte Oktober kam es zu Gefechten zwischen der *Nurisan*-Gruppe und dem Militär, nachdem dieses ein Versteck der Bande in einem Dorf am Batanberg nahe Yala aufgetan hatte. Neben Munition und Explosivmaterial fand das Militär ebenfalls Lebensmittelvorräte in dem Unterschlupf, in dem sich auch einer der Hauptdrahtzieher der Bombenanschläge in der Provinz Yala, Nurisan Wani, aufhalten soll und von dort aus die Umgebung infiltriert.

vgl. BP 15.10.2009/ 20.10.2009

König auf dem Weg der Besserung

Der thailändische König Bhumipol ist auf dem Weg der Genesung von einer Lungenentzündung, auf Grund derer er bereits Mitte September 2009 in ein Bangkoker Krankenhaus eingeliefert wurde. Über 21,5 Millionen Thailänder haben seit Beginn des Krankenhausaufenthaltes Genesungsgrüße gesendet. Der 81-Jährige zeigte sich Ende Oktober erstmals wieder in der Öffentlichkeit. Spekulationen um seinen Gesundheitszustand

hatten Mitte Oktober 2009 die thailändische Börse negativ beeinflusst. Sein Zustand sei nun stabil, zukünftig werde daher keine tägliche Meldung mehr über seine Verfassung bekannt gegeben, so das königliche Büro. Der gesundheitlich kritische Zustand des Königs gibt Anlass zur Sorge, weil der Monarch immer noch als Schlüsselfigur zur Friedenserhaltung innerhalb des gespaltenen Landes gilt.

vgl. The Nation 21.10.2009